

Hier hat Marcel Ritschel von der Partei **DIE LINKE.** unsere Fragen beantwortet.

1. Fragen zu den Parteien:

Gehören zu Ihrer Partei auch Menschen mit Behinderungen?

Ja, in meiner Partei engagieren sich auch Menschen mit Behinderungen. Meine Partei heißt DIE LINKE.

Gibt es das Programm Ihrer Partei auch in leicht verständlicher Sprache?

Unser Wahlprogramm gibt es in einfacher Sprache. Das Wahlprogramm in einfacher Sprache für die aktuelle Wahl steht hier: [Wahlprogramm in einfacher Sprache als .pdf.](#)

Was bedeutet für Sie Inklusion?

Für mich bedeutet Inklusion, dass niemand ausgeschlossen wird. Menschen mit Behinderung sollen gemeinsam mit Menschen ohne Behinderung lernen und arbeiten können. Jeder muss Busse, Bahnen und Gebäude benutzen können. Man muss auch mit einem Rollstuhl oder wenn man nicht gut sehen kann in den Bus oder die Bahn hineinkommen.

Menschen mit Behinderung sollen selbst entscheiden können wo und wie sie wohnen. Das ist derzeit nicht immer so. Denn es gibt zum Beispiel nur wenige barrierefreie Wohnungen. Oft sind solche Wohnungen zu teuer.

Seit 10 Jahren gibt es die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Bestimmungen für Menschen mit Behinderungen auch wirklich umgesetzt werden? Wie wird das gemacht?

Wir setzen uns für die Verwirklichung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Die UN-Behindertenrechtskonvention will, dass behinderte Menschen ihre Menschenrechte und die Grundfreiheiten wahrnehmen können. Wir wollen dafür mehr barrierefreie Wohnungen bauen. Wir wollen, dass Kinder mit und ohne Behinderung in die gleiche Schule gehen.

Menschen mit Behinderung sollen Unterstützung bekommen, wenn sie Unterstützung brauchen. Das kann durch eine persönliche Assistenz geschehen. Eine persönliche Assistenz ist ein Mensch, der einen behinderten Menschen im Alltag hilft und dafür bezahlt wird.

Wir wollen außerdem, dass es Gesetze gibt, die behinderte Menschen besser vor Gewalt schützen.

Wir wollen, dass Medikamente für Menschen, die krank sind oder die eine Behinderung haben vollständig bezahlt werden.

2. Fragen rund um Wohnen:

Jeder Mensch soll wählen können, wie und wo er wohnen möchte. Dafür muss es Wohnungen geben, die barrierefrei sind und die man bezahlen kann. Was tun Sie dafür?

Wir wollen, dass der Staat mehr Wohnungen bauen lässt. Viel mehr dieser Wohnungen müssen barrierefrei sein. Menschen mit Behinderung müssen ihre Wohnung so umbauen können, ohne dass der Vermieter ihnen das verbieten darf.

Wir wollen, dass Wohnen billiger wird. In Orten, in denen die Miete sehr hoch ist, wollen wir, dass es eine Obergrenze für die Miete gibt.

Es gibt das Gesetz zur Wohnraumförderung. Darin ist geregelt, wer eine besonders günstige Wohnung bekommen kann. Wohngemeinschaften können das nicht, denn sie erhalten keinen Wohnberechtigungsschein. Sind Sie dafür, dieses Gesetz zu ändern?

Es muss für WGs von Menschen mit WBS-Anspruch einfacher werden, geförderten Wohnraum zu bekommen. Bisher ist dies nur über die Freistellung von Belegungsbindungen möglich.

Erst kürzlich ist in Potsdam in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen schreckliches passiert. Eine Pflegerin hat vier Bewohner:innen getötet und eine weitere schwer verletzt. Menschen mit Behinderung sind nicht ausreichend vor Gewalt geschützt. Was tut Ihre Partei dafür, um das zu ändern?

Menschen mit Behinderung sind häufiger von Gewalt als andere Menschen betroffen. Menschen, die Gewalt ausüben, haben es leicht, wenn auf Wünsche von Menschen mit Behinderung nicht gehört wird. Wenn es keine Möglichkeit gibt, über schlechte Erfahrungen zu sprechen, wird Gewalt oft nicht entdeckt. Deswegen müssen Menschen mit Behinderungen ihre Rechte kennen. Und sie müssen wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie Gewalt erfahren. Deswegen muss es solche Ansprechpersonen in Schulen und auf Arbeitsstellen geben. Lehrerinnen und Lehrer und Menschen in Gesundheitsberufen müssen besser ausgebildet werden, damit sie Hinweise auf Gewalt besser erkennen.

3. Fragen zur Barrierefreiheit:

Was unternehmen Sie für Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr? Wie wollen Sie Menschen mit Behinderung unterstützen, mobil zu sein?

Bahnhöfe, Busse und Bahnen müssen barrierefrei umgebaut werden. Hierfür soll der Staat mehr Geld ausgeben. Außerdem müssen Busse und Bahnen öfter fahren.

Was unternehmen Sie für digitale Barrierefreiheit? Wie wollen Sie Menschen mit Behinderung unterstützen, dass Internet und andere digitale Angebote nutzen zu können?

Digitale Formate müssen inklusiv und barrierefrei sein. Gleicher Zugang zu digitalen Inhalten im Internet muss gewährleistet sein. Hierfür gibt es sogar schon Gesetze und Regelungen. Sie heißen z.B. Behindertengleichstellungsgesetz oder Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung. Oft halten sich selbst Verwaltungen nicht an diese Vorschriften. Wir achten stärker darauf, dass sich alle an diese Gesetze halten.

Viele Gesetze und Bestimmungen zu Inklusion und Barrierefreiheit gelten nur für öffentliche Einrichtungen. Es wäre aber besser, wenn die Gesetze auch für private Unternehmen gelten. Wie sehen Sie das?

Das sehe ich auch so. Auch die Privatwirtschaft muss umfassende Barrierefreiheit ermöglichen. Wir wollen dazu verbindliche Regelungen in verschiedene Gesetze schreiben. Solche Gesetze sind z.B. das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und in das Behindertengleichstellungsgesetz.

Wir wollen auch private Anbieter zur Herstellung von Barrierefreiheit gemäß UN-BRK verpflichten. Wir wollen, dass Antidiskriminierungsverbände klagen können, wenn gegen diese Gesetze verstoßen wird.

Sollen private Unternehmen eine finanzielle Unterstützung bekommen, wenn sie etwas für Barrierefreiheit tun?

DIE LINKE tritt für die volle und wirksame Teilhabe aller Menschen ein. Barrierefreiheit nützt allen Menschen. Sie muss deshalb sowohl für den öffentlichen als auch den privatwirtschaftlichen Bereich als bindende Verpflichtung gelten. Öffentliche Investitionen und Fördergelder müssen an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.

Wenn Unternehmen Unterstützung bei Investitionen in Barrierefreiheit benötigen, kann dies auch unterstützt werden.

4. Fragen zu Teilhabe und Gleichstellung:

Wir möchten, dass der Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung überall in Deutschland gleich ist. Niemand soll mehr oder weniger bekommen, weil er in Dresden oder Düsseldorf lebt. Werden Sie sich nach der Wahl dafür einsetzen?

Wo es Landesregelungen gibt, die besonders gut sind, würde ich diese eher als Vorbild betrachten. Sie abzusenken, weil Menschen besser gestellt werden, halte ich für falsch. Das gilt z.B. für das Blindengeld, das regional unterschiedlich ist.

Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten in Werkstätten. Sie hätten aber lieber eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Was macht Ihre Partei, damit die Menschen eine andere Arbeit bekommen können? Oder denken Sie, alle Menschen mit Behinderungen sollen in Werkstätten arbeiten?

Sonderarbeitswelten wollen wir überflüssig machen. Hierfür wollen wir Ausstiegsstrategien und Zeitpläne. Als einen Zwischenschritt für Beschäftigte der Werkstätten betrachten wir die Einführung des Tarif- bzw. des gesetzlichen Mindestlohnes.

Wir wollen außerdem die Ausgleichsabgabe anheben. Die müssen große Unternehmen zahlen, wenn sie keine Menschen mit Behinderung beschäftigen.

Menschen mit Behinderung brauchen oft Unterstützung in verschiedenen Lebensbereichen. Dafür gibt es die Leistungen der Eingliederungshilfe. Für einige dieser Leistungen muss man etwas dazugeben, wenn man Geld verdient oder Vermögen hat. Wir möchten, dass Einkommen oder Vermögen nicht angerechnet wird. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen?

Wir wollen, dass Teilhabeleistungen unabhängig von Einkommen und Vermögen geleistet werden. Wir haben dies auch in verschiedenen Anträgen in den Bundestag eingebracht.

Manchmal brauchen Menschen mit Behinderung die gleiche Leistung zur gleichen Zeit. Dann kann die Leistung für mehrere Menschen mit Behinderung gemeinsam erbracht werden. Das heißt Poolen. Damit kann Geld eingespart werden. Sollte man das machen, auch wenn das Menschen mit Behinderung nicht wollen? Wie denkt Ihre Partei dazu?

Wir haben unter anderem dieses Jahr einen Antrag eingebracht, damit das Poolen abgeschafft wird. Jeder Mensch mit Behinderung oder chronischer Krankheit soll die Leistung erhalten, die er braucht.

Kinder mit Behinderung sollen mit anderen Kindern gemeinsam die Schule besuchen. Das nennt man schulische Inklusion. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen?

Wir finden Inklusion wichtig. Immer noch sind viele Schulen nicht barrierefrei. In anderen Schulen fehlt es an Lehrkräften, die gut für inklusiven Unterricht ausgebildet sind. Wir wollen mehr Lehrkräfte, die sich mit inklusiver Bildung auskennen, einstellen. Außerdem wollen wir, dass Lehrkräfte sich fortbilden können.

In einer Werkstatt verdient man sehr wenig Geld. Als Mensch mit Behinderung bekommt man einen Zuschuss zur Miete und etwa 200 Euro. Damit muss man jeden Monat auskommen. Ein Abgeordneter bekommt sehr viel mehr Geld. Finden Sie das richtig? Wie begründen Sie das?

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung mehr Geld bekommen. Deswegen fordern wir z.B. den Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte.

Wir fordern den Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte. Unterstützen Sie das?

Ja.